

Interpellation Kobler-Gossau:**«Dubiose Firmen auf Baustellen in der Ostschweiz. Was unternimmt die Regierung des Kantons St.Gallen?»**

In letzter Zeit sind zunehmend Fälle von Schwarzarbeit publik geworden. Firmen, die Löhne, Sozialleistungen und Rechnungen nicht zahlen und dann von der Bildfläche verschwinden. Kaum geht eine Firma Konkurs, kommt bereits die nächste, man spricht in solchen Fällen von Kettenkonkursen. Arbeitnehmende werden ausgenutzt und eingesessene Firmen verlieren Aufträge. Es kommt zudem zu einem Verlust von Einnahmen für den Staat und die Sozialversicherungen.

Kürzlich wurde ein Fall aus dem Kanton Thurgau bekannt. Beim Ergänzungsbau des Regierungsgebäudes waren gemäss der Gewerkschaft Unia dubiose Firmen als Subunternehmer im Einsatz. Diese Firmen sollen zum Teil auch im Kanton St.Gallen tätig gewesen sein. Die sogenannten Subunternehmerketten bereiten grosse Sorgen. Die Subunternehmer unterbieten sich gegenseitig und schlussendlich wird beim Lohn oder bei den Sozialleistungen gespart. Es entsteht klassische Schwarzarbeit.

Der Kanton St.Gallen weist im Vergleich mit den allermeisten anderen Kantonen zahlenmässig weniger Kontrollen auf Schwarzarbeit auf. Auf die Einfache Anfrage 61.23.37 vom 7. Juli 2023 «Schwarzarbeit – Entwicklungen und Massnahmen im Kanton St.Gallen» antwortet die Regierung u.a.: «Der Kanton St.Gallen verfolgt bei seinen Kontrollen seit jeher einen risiko- bzw. evidenzbasierten Ansatz: Die zuständigen Organe erledigen in einem ersten Schritt sämtliche Abklärungen, die auch ohne einen Augenschein in den Betrieben vorgenommen werden können. Wo aufgrund der Vorabklärungen ein begründeter Verdacht auf Schwarzarbeit besteht, werden Betriebs- und Personenkontrollen durchgeführt». Und weiter: «dass der Kanton St.Gallen aufgrund seiner Strategie rein zahlenmässig weniger Kontrollen ausweist als andere Kantone, ist vertretbar; die Qualität der Kontrollen ist in jedem Fall höher zu gewichten als deren Quantität. Eine Aufstockung des Personalbestands ist nicht notwendig.» Doch ist diese Strategie richtig? Wäre es nicht wichtig, bei Verdachtsfällen schnell vor Ort zu sein und gegebenenfalls sofort zu handeln?

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt die Regierung sicher, dass keine dubiosen Firmen auf Baustellen des Kantons St.Gallen zum Einsatz kommen?
2. Berücksichtigen die kantonalen Vergabestellen das paritätisch getragene Informationssystem Allianz Bau (ISAB)? Das ISAB soll den GAV-Vollzug vereinfachen und Transparenz schaffen: Welche Unternehmung untersteht welchem GAV; wie steht es um dessen Einhaltung; wurde die Firma kontrolliert und was war das Ergebnis der Kontrolle?
3. Im Kanton St.Gallen ist das Amt für Wirtschaft und Arbeit für den Vollzug des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA) zuständig. Verdachtsmomente können online gemeldet werden. Nach einer Verdachtsmeldung, wie schnell sind die Arbeitsplatzinspektor*innen vor Ort?»

20. September 2023

Kobler-Gossau